

Hohenstein-Ernstthal

Amtsblatt



Anzeiger

Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschürsdorf, Grumbach, Heim, J. H. Schnappell, Wilsdorf, Gelsina, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Zugau, Eibitz, Pleiße, Aufsdorf, St. Egidien, Hüttengrund u. f. w.

Erscheint jeden Montag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das Vierteljahr M. 1.55, durch die Post bezogen M. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen

Nr. 270.

Geschäftsstelle Schulstraße Nr. 31.

Sonnabend, den 20. November 1909.

Brief- und Telegramm-Adresse Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal.

59. Jahrg.

Das 20. bis 23. Stück des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen sowie Nr. 53 bis 58 des Reichsgesetzblattes sind eingegangen und liegen 14 Tage lang im Rathause, Zimmer Nr. 2, zu jedermanns Einsicht aus. Ein Inhaltsverzeichnis dieser Verordnungen ist im Hausflur des Rathauses angeschlagen. Aus dem Inhalte ist hervorzuheben: Verordn., die Stempelsteuer von Miet- und Pachtverträgen über in Sachen gelegene Grundstücke betr.

Hohenstein-Ernstthal, am 18. November 1909.

Der Stadtrat.

Bürger- und 1. Bezirksschule Hohenstein-Ernstthal (Altstadt).

Die Anmeldung schulpflichtiger Kinder nimmt die Direktion Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. November in der Zeit von 3—6 Uhr entgegen. Beisubrinaen ist für alle Kinder der Zutritt, für die nicht hier geborenen auch die Geburtsurkunde bez. mit Taufbescheinigung.

Freibank: Verkauf von gekochtem Rindfleisch, Pfd. 35 Pfg.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser in Donauschingen.

Der Kaiser begab sich mit dem Fürsten zu Fürstberg und der Jagdgesellschaft gestern mittag zur Fuchsjagd in das Revier Amtshausberg. Zur Erinnerung an die im vorigen Jahre in Donauschingen erfolgte Begrüßung des Kaisers durch den Grafen Zeppelin mit seinem Luftschiff ist vom Fürsten zu Fürstberg eine Bronzetafel gefertigt worden, welche, nach einem eigenhändigen Entwurf des Kaisers vom dem Bildhauer Sauer gefertigt, im fürstlichen Schloß angebracht und im Beisein des Kaisers enthüllt wurde. Die Tafel trägt folgende Inschrift: Den 7. November 1908. Zu Ehren der Ankunft des Kaisers und Königs Wilhelm II. traf Graf Zeppelin mit dem Luftschiff „Zeppelin I“, den Kronprinzen Wilhelm an Bord, genau zu der tags vorher angesagten Stunde, von Wangen kommend, nachmittags bei klarem, schönem Wetter vor dem Schlosse ein und paradierte über dem Schlosse, von allen, die das Glück hatten, dieselben unvergleichlichen Augenblicke mitzuerleben, mit beglücktem Jubel stürmisch begrüßt. Es folgten dann die Namen der damals im fürstlichen Schlosse versammelt gewesen Gesellschaft, mit dem Generaladjutanten Grafen Hülshof an der Spitze.

Organisation und Verwaltung der Kaiserlichen Werften.

Wie die „N. N. Z.“ hört, ist man im Reichsmarineamt damit beschäftigt, an der Hand des Kommissionsberichts über Organisation und Verwaltung der Kaiserlichen Werften, der die allgemeine Billigung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts gefunden hat, die erforderlichen Ausführungsbestimmungen an die Werften zu erlassen. Bekanntlich soll u. a. auch die Tätigkeit der Verwaltungsdirektoren in dem Sinne geändert werden, daß der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit aus dem Bureau heraus und in den praktischen Betrieb verlegt wird. Naturgemäß soll bei dieser organisatorischen Aenderung an dem bisher als richtig erkannten und nachweislich durch praktische Erfolge bewährten Grundsatz nichts geändert werden, daß die technischen Ressorts für die richtige wirtschaftliche Leitung ihrer technischen Betriebe allein verantwortlich sind.

Der Reichsetat 1910.

Der dem Bundesrat vorgelegte Entwurf zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1910 schließt in Einnahme und Ausgabe im ordentlichen Etat ab mit 2660 305 450 M. (gegen den Etat für 1909 einschließlich des Nachtragsetats + 6858 991 M.) Von den Ausgaben des ordentlichen Etats entfallen 2 311 747 082 M. (+ 75 517 288 M.) auf die fortdauernden und 348 558 378 M. (- 68 658 297 M.) auf die einmaligen Ausgaben; bei beiden Ansätzen beruht das Mehr und Minder gegenüber dem Vorjahre zum Teil auf nur rechnerischen Ursachen. An Einnahmen des ordentlichen Etats sind im einzelnen vorgesehen: Zölle, Steuern, Gebühren und Abfindungen 1 441 620 000 M., Reichspost- und Telegraphenverwaltung 653 008 325 M., Reichsdruckerei 13 376 000 M., Reichseisenbahnen 122 319 000 M., Bankwesen 16 482 000 M., verschiedene Verwaltungseinnahmen 71 606 482 M. (+ 5 789 778 M.), Reichsinvalidenfonds 33 998 997 M., Ausleihungsbeträge 39 382 646 M., Materialbeiträge 228 512 000 M. Im Extraordinarium entfallen auf das Reichsamt des Innern 23 Millionen, das Reichsheer rund 22,5 Millionen, die Marine 118 321 469 M., die Post- und Telegraphenverwaltung 25 Millionen, die Reichseisenbahnen rund 7,5 Millionen. Auf Anleihe verbleibt insgesamt 152 255 928 M.

Die militärischen Luftschiffmanöver.

Die höheren Orts befohlene Fernfahrt der drei Rblner Luftschiffe soll, sobald besserer Witterung eintritt, nach Metz angetreten werden, wo der Austausch des Ballons „Zeppelin 2“ gegen „Zeppelin 1“ erfolgen wird. Besterer soll fortan in Rbln stationiert werden. Der Schluß der Luftschiffmanöver ist Sonnabend oder Montag zu erwarten. Gegenüber der in der nächsten Nummer der Zeitschrift bemerkbar machenden Mißstimmung, daß bisher die Luftschiffe nach noch nicht aufgeführt, ist zu bemerken, daß die Fahrt dorthin nicht noch in dieser Woche ausgeführt werden soll, vorausgesetzt, daß nicht starker Westwind vorbricht, da man dann die Fahrt schon aus dem Grunde nicht in nicht übernehmbar mögliche, als bei einem Motor- oder Propellerdefekt die Ballons über die Grenze verschlagen werden könnten.

Unter der Epizymer „Deutsch-Englisches“

geht es in einer offiziellen Berliner Zuschrift des „Südd. Reichst.“: „Die angeblich gegen die deutschen Kriegsschiffe losgelassenen englischen Unterseeboote haben sich, wie die „N. N. Volksztg.“ aus der „Allg. evang.-luth. Kirchenztg.“ mitteilt, in Torpedoboote verwandelt. Es scheint hiernach, als solle die Öffentlichkeit noch weiter mit Ausströmungen über einen geplanten und nur zufällig mißglückten Ueberfall Englands auf unsere Flotte beunruhigt werden. Nun können sich ja englische Torpedoboote, ebenso wie deutsche, in freien Gewässern frei bewegen. Hauptziel aber wird und zu beweisen wäre, daß englische Kriegsschiffe in der Nähe von Helgoland aufgetaucht sind, um gegen Schiffe unserer Marine Feindseligkeiten zu eroffnen. Auf deutscher Seite hat niemand englische Kriegsschiffe unter verdächtigen Umständen bei Helgoland bemerkt. Auch die Herren, die dies in der Presse erzählen, wissen aus eigener Wahrnehmung nichts. Es bedeutet eine Verschlebung der Beweisführung, wenn man in dieser Sache eine amtliche Erklärung erwartet. Aufklärung darüber, was den Behauptungen von einer angeblichen „Zat“ Englands zugrunde liegt, läßt sich nur von denen schaffen, die für die Behauptungen verantwortlich sind. Wir halten es nach wie vor für ausgeschlossen, daß in den Gewässern der Nordsee eine unfreundliche Handlung Englands gegen deutsche Schiffe vorbereitet worden ist.“

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

4. öffentliche Sitzung.

Dresden, 18. November.

Auf der heutigen Tagesordnung stand als alleiniger Gegenstand das Dekret Nr. 4, betreffend den Bericht über die Verwaltung und Vermehrung der königlichen Sammlungen in den Jahren 1906 und 1907.

Der Bericht erweist sich finanziell insofern günstig, als die eigenen Einnahmen der Sammlungen in dieser Finanzperiode 30642 M. mehr betragen als veranschlagt war und überdies für die Verwaltung der Sammlungen und die Unterhaltung der Sammlungsgebäude 5463 M. weniger verausgabt wurden, als der Etat gefordert hatte. Auch die Ausgaben aus dem Vermehrungsfonds blieben um 19001 M. gegen die Vorperiode zurück. Bauliche Veranlassungen erforderten im ganzen 87900 M., wovon 45000 M. auf den Zwinger und das Museumsgebäude entfielen. Das Dekret registriert die verschiedenen Anschaffungen, Neuverordnungen und mit besonderem Dank auch die Geschenke, welche den einzelnen Sammlungen zugewendet worden sind, und gibt weiter Auskunft über die Personalverhältnisse.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erfolgt die Verlesung des Abg. Schiedler (natl.), der bisher durch Krankheit am Erscheinen verhindert worden war.

Die Debatte eröffnet Vizepräsident Oppitz-Treuen (konf.): Unsere Sammlungen sind in der Hauptsache darauf angewiesen, von der

Verantwortung zu zehren. Der Bericht ist in elegischer Stimmung abgefaßt insofern, als die Fälligkeit nicht geboten worden ist, durch eine stärkere Vermehrung unserer Sammlungen deren Bestände zu bereichern. Auch schließt es der Gemäldegalerie und der Skulpturensammlung an Räumlichkeiten, um derartige neue Gegenstände unterzubringen. Zur Vermehrung der 14 verschiedenen Sammlungen blieben nach Abzug der Gehälter nicht mehr als 300000 Mark übrig. Unter diesen Gehältern sind die Gehälter der Direktoren und Mitarbeiter (Sachsen links). Unsere Einnahmen sind gegen verschiedene preussische Landesstellen auf den Kopf um 100 Prozent höher. Um Mittel für die Sammlungen zu erhalten, würde es sich empfehlen, auf einem Teil des alten militärischen Areals einen Museumsneubau zu errichten und einen anderen Teil des Areals zu verwerfen, um dadurch die Mittel zur Errichtung der Baulichkeiten und der Ausstattung zu gewinnen. Ich bitte die Regierung, sich zu dieser Anregung zu äußern.

Abg. Sittler (natl.) beantragt Ueberweisung des Dekrets an die Reichsfinanzkommission und befragt mit besonderer Freude die reichen Antike für die Vorkommnisse. In der Gemäldegalerie seien eine ganze Reihe Veränderungen nötig, die jedoch gegenwärtig wegen Raum-mangel nicht durchführbar seien. Das Verleihen von Bildern in die Provinz könne selbstverständlich nur eine Ausnahmemaßnahme sein, die überhaup nicht zu verwerfen, wogegen das Verleihen an Museen zwecklos durchzuführen sei, sobald geeignete Räume hierfür in der Provinz gefunden werden. Die Frage eines Museumsneubaus bittet er bringen im Auge zu behalten.

Abg. Reusch (konf.) behauptet die Verringerung der an die Gemalerei im Lande bisher gewährten Freiheiten und empfiehlt die Abgabe von Bildern an die verschiedenen Ortsmuseen.

Abg. Lange (soz.): Die Sammlungen seien von den Besitzern in ihrer Residenz zusammengetragen, um auch der Nachwelt zu dienen. Die Sammlungen sollten keine Grabstätten sein. Es sollte Anknüpfungspunkt vor den Sammlungsgegenständen in den Abendstunden stattfinden. Es müßten Verfügungsstellen vorhanden sein, um jede Anknüpfung sofort ergreifen zu können, ohne nach den Einstellungen in den Etat fragen zu müssen. Seine Partei sei dafür zu haben, Volksworte zu treiben und die Kunst dem Volke zu vermitteln. Mit Verleihung der Bilder an die Provinz werde aber der Kunst kaum genützt.

Abg. Dr. Jentert (natl.) regt an, es möchte für den kunstfreundlichen Mann des Volkes eine Auswahl der größten Meisterwerke unserer Gemäldegalerie getroffen und als das Heiligtum derselben zusammengefaßt werden. Wenn im übrigen die Sammlung magaziniert werde, so sollte sie doch für den wissenschaftlichen Forscher leicht benutzbar und beweglich bleiben.

Staatsminister Dr. v. Hüger: Wir besitzen in unseren Sammlungen außerordentliche Kulturschätze, und es wird eine unserer vornehmsten Aufgaben sein, diese Schätze der Allgemeinheit zugänglich zu machen und sie zu schützen. Von der Eröffnung unserer Sammlungen an den Nachmittagen verspreche ich mir nicht viel. Die älteren Kunstschätze, die noch künstlich sind, werden immer weniger; es ist aber für ein Land wie Sachsen schlechterdings kaum noch möglich, in Konkurrenz mit den Finanzmächten zu treten, die für Kunstschätze als Käufer auftreten. Für die Sammlungen ungenügende Summen auszugeben ist bei der jetzigen Finanzlage unmöglich. Das Areal in Dresden-Neustadt ist für niemanden ein begehrenswerter Besitz, weil er zu teuer ist. Vor längerem Jahren haben wir einen Teil an einen privaten Unternehmer verkauft, mußten aber nach mehreren Jahren den Verkauf zurücknehmen. Der etwaige Erlös würde aber in das Vermögen des Staates überfließen müssen und könnte nicht für Zwecke eines Neubaus verwendet werden. Auf ein solches Finanzmandat, wie es Vizepräsident Oppitz will, würden wir also nicht eingehen können.

Abg. Langhammer (natl.) beschäftigt sich insbesondere mit den Anregungen des Abg. Lange, die bereits in früheren Sessionen von anderer Seite vorgebracht worden seien, sich aber nicht bewährt haben. Die Durchführung sei mit der Bewilligung größerer Mittel verbunden. Er verleihe es nicht, wie man nach dem Wunsch des Abg. Lange einem größeren Teile des Volkes die Sammlungen zugänglich machen solle, wenn man nicht in die Provinzen Bilder ausleihen will. Diese Abgabe von Bildern an die Provinz möchte noch erweitert werden. Die Kunst müsse volkstümlich gemacht werden. Auch unsere Kunst strebe danach, eine andere Auswahl in der Anwendung der Kunstmittel zu treffen, aber es müsse immer der oberste Gesichtspunkt bestehen bleiben, daß die Kunst das Schöne und Gute fördern muß.

Abg. Günther (frei. Vpl.) erwähnt, daß in Plauen die von der Gemäldegalerie entliehenen Bilder sehr wirkungsvoll in der Kunstschule für Textilindustrie aufgehängt sind. Den vom Vizepräsidenten Oppitz angebotenen Weg, Mittel für einen Museumsneubau zu beschaffen, halte er durchaus für gangbar, wenn er auch nach des Ministers Ansicht ebenfalls nicht haltbar sei.

Vizepräsident Oppitz (konf.) hält den von ihm vorgeschlagenen Weg aufrecht. Der Abg. Lange habe von einer Selbstfinanzierung gesprochen, als er (Redner) behauptete, daß der Landtag bisher für die Sammlungen reichlicher Mittel nicht habe auswerfen können. Er habe aber auch 15 Jahre lang mit den Gefinnungsgenossen des Abg. Lange in diesem Hause zusammengeerbt und ihm sei nicht ein einziger Fall bekannt, wo von deren Seite für Kunstzwecke mehr gefordert worden sei. Die Sozialdemokraten hätten jetzt erst für kunstfreundliches Herz entdeckt. (Lachen links.) Die Wünsche des Abg. Lange seien eigentlich auf eine Erhöhung der direkten Steuern hinaus.

Abg. Lange-Weißig (soz.) erwidert darauf, er verwerfe die Ausleihungen an die Provinz durchaus nicht absolut, es sollten nur größere Gruppen hinausgegeben werden, die ein abgeschlossenes Ganzes bilden. Vizepräsident Oppitz scheine keine Almosen für den Staat leisten zu wollen. Seine Partei wolle auch nicht maßlos Geld für Kunstzwecke bewilligen, aber die jetzigen Mittel erscheinen doch als ungenügend. Man könnte sich ja auch

mit einer Erhöhung der Progression bei der direkten Steuer helfen.

Abg. Dr. Jähnel (konf.) erklärt, die rechte Seite des Hauses habe sich niemals ablehnend gegen Kunstförderungen verhalten, doch habe man nie über die in den Etat eingestellten Summen hinausgehen können. Wenn aber die Kammer Neubauten haben will, so sei dies nicht anders zu ermöglichen, als durch die allerdings enge Pforte des Etats.

Die Debatte schließt hiermit. Das Dekret wird antragsgemäß einstimmig an die Reichsfinanzkommission überwiesen.

Nächste Sitzung: morgen vormittag 1/10 Uhr. Tagesordnung: Gesetzentwurf über das Flandern-gewerbe.

Aus dem Auslande.

Ein österreichisch-rumänischer Geheimvertrag?

In Belgrader politischen Kreisen wird unter Berufung auf angeblich unanfechtbare Informationen behauptet, in den letzten Tagen sei zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien ein geheimes Vertrag abgeschlossen worden, dessen Bestimmungen sich hauptsächlich gegen Serbien richten.

Niederlage der Sozialdemokraten bei den Grazer Gemeinderatswahlen.

Bei der Grazer Gemeinderatswahl stieg die sämtliche deutschfreiwirtschaftlichen Kandidaten gegenüber den Sozialdemokraten, die vor einem Jahr noch den ganzen dritten Wahlkörper inne hatten.

Gultan Abd ul Samid.

Die Villa Alantini bei Saloniki, in der Abd ul Samid wohnt, ist von allen Seiten mit hohen Mauern umgeben worden. Die völlige Abschließung des Sultans von der Außenwelt ist hiermit beendet.

Finnlands Konflikt mit Rußland.

Wider alles Erwarten wurde die Forderung Rußlands, wonach Finnland einen Zusatz von 20 Millionen Mark zum Militäretat genehmigen soll, vom finnländischen Landtag nach heißen Debatten zurückgewiesen. Der Landtag bittet den Zaren, die Militäraufgaben nach den bestehenden Grundgesetzen entscheiden zu lassen. Mehrere Senatoren, darunter Danielson und Webe, sind verabschiedet worden. Zum Vizepräsidenten des finnländischen Verwaltungsdepartements des Senats ist Generalmajor Markow ernannt worden. Die Ablehnung der Militärauforderung hat keinen praktischen Wert, da Rußland die verlangte Summe einfach ein-treiben wird. — Sämtliche auf Urlaub befindliche Gardeoffiziere erhielten den Befehl, sofort nach Petersburg zurückzukehren; es werden Komplikationen in Finnland befürchtet. — Wie man noch aus Helsinki berichtet, ist auch der finnische Landtag aufgelöst worden. — Eine weitere Meldung aus Petersburg, 19. Nov., besagt: Nach Finnland geht die 1. Kaiserliche Division ab, außerdem soll das 1. und 17. Armeekorps mobilisiert werden.

Militär-Reformen in Belgien.

In der belgischen Kammer wurde die Spezialberatung der Militärgesetze festgesetzt. Trübungen und Haus waren wiederum überfüllt. Es wurde die Befreiung vom Militärdienst für Mädchen und Geistliche angenommen und so-tann mit 100 gegen 58 Stimmen die Aufhebung des Ersatzmännersystems beschlossen. Es muß also fernerhin jeder selbst der Militärdienst genügen.

Generalversammlung der deutschen Mittelstands-Bereinigung für Handel und Gewerbe.

Unter Beteiligung von Vertretern aller ange-schlossenen mittelständischen Verbände, sowie von Vertretern vieler deutscher Handels- und Gewerbestammern, trat in Düsseldorf die deutsche Mittelstandsvereinigung für Handel und Gewerbe zu ihrer zweiten ordentlichen Generalversammlung zusammen. In den Begrüßungsworten der Ehren-gäste kam durchweg der Grundgedanke zum Aus-druck, daß der Mittelstandsbewegung der unpolitische Charakter bewahrt werden müsse, um den deutschen Handels- und Gewerbestammern die Mitarbeit an den Interessen des Mittelstandes zu ermöglichen, und daß ferner bei der Arbeit der Vereinigung das Prinzip der Selbsthilfe oberan stehen müsse.

Der Vorsitzende Rechtsanwalt Stöck (Düssel-dorf) eröffnete die geschäftlichen Verhandlungen mit einem Rückblick auf die bisherigen Arbeiten der Mittelstandsvereinigung. Der gewerbliche Mittel-